

## Falscher Konflikt zur falschen Zeit

VON JOSEF JOFFE

In Washington ist die Regierung Kohl-Genscher an die Grenzen ihrer unausgesprochenen, aber offenkundigen Politik gestoßen: mit dem Pfunde ihrer inneren Schwäche zu wuchern, um dergestalt die Bündnispolitik zu „germanisieren“. Ihr Kräfteverfall hatte sie paradoxerweise stark gemacht, weil die Verbündeten eine SPD-Regierung bislang mehr fürchteten als das wackelnde Mitte-Rechts-Duo. Mit dieser Taktik ist Bonn auch bis zu dem mißglückten Genscher-Stoltenberg-Vorstoß nach Washington nicht schlecht gefahren. Zähneknirschend zwar, aber die delikaten Verhältnisse in Bonn fest im Auge, hatten Amerikaner, Briten und Franzosen zumindest stillschweigend akzeptiert, was die Deutschen der Allianz ins Stammbuch diktieren: keine Wehrdienstverlängerung und keine Entscheidung für ein Lance-Nachfolgesystem vor 1992.

Als dann aber die Bonner den dritten Coup versuchten – das Bündnis auf „baldige“ Verhandlungen über Kurzstrecken-Raketen einzuschwören –, schossen die Amerikaner und Briten zurück. George Bush mahnt pointiert den Zusammenhalt der NATO an, sein Außenminister Baker nennt „Verhandlungen jetzt“ einen „Fehler“, und Frau Thatcher pocht unverblümt darauf, daß die NATO-Strategie „nicht von einem einzigen Land“ bestimmt werden könne. Die Franzosen halten sich zwar ostentativ zurück, aber auch sie wollen in Wahrheit noch keine Verhandlungen, die in der nächsten Phase ihre eigenen „prästrategischen Waffen“ erfassen könnten.

Vorweg: Diesen Kleinkrieg im Bündnis kann niemand gewinnen. Zwar ist keiner stark genug, um sich durchzusetzen, aber jeder kann den anderen blockieren. Anders ausgedrückt: Die Anglo-Amerikaner können nicht ohne die Deutschen modernisieren; Bonn kann nicht ohne Washington und London über die Raketen verhandeln. Ein jeder kann sein Veto, nicht aber seinen Willen durchsetzen. Also nur ein Sturm im Wasserglas? Nicht ganz. Auf Genschers Drängen hin hat sich die Regierung auf ein gewagtes Spiel eingelassen. Zum einen hat sie zwei ihrer Hauptverbündeten offen herausgefordert; zum anderen werden es diese beiden so schnell nicht vergessen, daß der deutsche Außenminister ein kontinentaleuropäisches Bündnis-im-Bündnis gegen sie zusammenschirren will.

Da half auch der nachgeschobene Versuch der Partnerpflege während des Blitzbesuchs in Washington nicht viel. Und deshalb müssen die Bonner – Kohl wie Genscher – sich fragen, ob sie nicht den falschen Konflikt zur falschen Zeit vom Zaun gebrochen haben. Mit ihrer Frontbegradigung zu Hause – weder Wehrdienstverlängerung noch Modernisierung vor 1992 – hätten Union und FDP gut leben können. Auch das Dokument der NATO-Verteidigungsminister vom 20. April war

ein erträglicher Kompromiß, den die Deutschen bei früheren Gelegenheiten kräftig mitformuliert hatten. Da war wieder die Gummi-Formel von den Atomwaffen, die „up to date“ („auf neuestem Stand“) gehalten werden sollen, aber nur „wo notwendig“. Überdies war wieder nur von einer „Minimal-Menge“ die Rede, die sich am „Ausmaß der Bedrohung“ orientieren soll. Im Klartext: Wenn die konventionelle Abrüstung, wie sie seit März im großen Maßstab Wien angepackt wird, Früchte zeitigt, dann wird besagte „Minimal-Menge“ immer weiter schrumpfen.

Vielleicht auch auf Null – wenn es der NATO gelingt, die Sowjetunion in den nächsten Jahren dazu zu bringen, ihre konventionelle Angriffsfähigkeit verlässlich zu beseitigen. Leicht und schnell wird es aber kaum gehen, und deshalb ist hier gefragt, was Willy Brandt einst bei der Ostpolitik angemahnt hat: ein langer Atem. Außerdem wäre Abrüstungspolitik auf eigene Faust heute ebenso prekär wie eine solche Ostpolitik es damals gewesen wäre; deshalb hat Brandt auch den Neubeginn sorgfältig im Westen eingebettet. Warum dann der verblüffende Versuch, die Abrüstungspolitik der Allianz plötzlich zu „germanisieren“, also deutschen Ansprüchen zu unterwerfen, anstatt in der geschmeidig-indirekten Art fortzuführen, die Genscher so vorzüglich beherrscht?

Die Hauptantwort liegt gewißlich in der Uralt-Versuchung aller Demokratien, Innenpolitik jenseits der Grenzen zu betreiben. Das Axiom „Es ist unmöglich, nicht von der FDP regiert zu werden“ wackelt arg – genauso wie die Union, die einst Staatspartei war. Womit die Führung zurückgewinnen, wenn daheim nichts mehr funktioniert – weder die Steuer- noch die Gesundheitsreform? Da wächst die Versuchung, in der Außen- und Sicherheitspolitik am Profil zu schnitzen, auch (oder gerade) mit einer betont nationalen Attitüde, welche die Partner verstört.

Damit läßt sich so manches für die deutschen Interessen erreichen, die man ohnehin in den westlichen Hauptstädten versteht, wenn nicht gar akzeptiert. Nur ist das Risiko nicht zu übersehen, daß man sich dabei übernimmt. Noch ist die Allianz nicht überflüssig, noch muß jede Bonner Regierung darauf achten, daß bei der Überwindung des Status quo in Europa nicht die militärische Stabilität verlorengeht. Diese Balance zu halten gebietet die Raison eines Staates, der sich bei aller Selbstbehauptung nicht auf sich selbst verlassen kann – auch nicht auf ein Europa, das bei allem Respekt skeptisch gegenüber den Deutschen bleibt. Hier ist der Innenpolitik eine natürliche Grenze gesetzt – wie auch dem Versuch, aus Schwäche Stärke zu gewinnen. Denn die Botschaft aus Washington und London lautet inzwischen, daß man die Regierung Kohl-Genscher nicht mehr endlos stützen will.